

Haushaltsrede  
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2016

von Bürgermeisterin Christiane Augsburg

in der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, 08. Oktober 2015

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung,  
liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schwalbach am Taunus

ich lege Ihnen heute den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2016 vor, den der Magistrat nach ausgiebiger Diskussion verabschiedet hat.

Bevor ich inhaltlich auf wesentliche Punkte des Haushaltsplanentwurfs 2016 eingehe, möchte ich zunächst zwei Themen ansprechen, die den Haushalt im kommenden Jahr entscheidend prägen und unsere Stadt intensiv beschäftigen werden.

Schwalbach ist eine florierende Stadt. Das Arbeitsplatzangebot ist gut, die Arbeitslosigkeit ist auf einem relativ niedrigen Stand, die Gewerbesteuerereinnahmen sprudeln, die Verschuldung ist kaum nennenswert und die Menschen fühlen sich in ihrer Stadt sehr wohl, dies zeigt sich auch daran, dass unsere Bevölkerung auf über 15.000 Einwohner gestiegen ist.

Dies alles darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir finanziell und sozial turbulenten Zeiten entgegen sehen. Zum einen stellt uns der neue kommunale Finanzausgleich vor erhebliche Herausforderungen, zum anderen wird die Flüchtlings- und Asylsituation immer drängender.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Worte über den kommunalen Finanzausgleich – kurz KFA – verlieren. Die Landesregierung stand vor der – zugegeben sehr schwierigen – Aufgabe, den kommunalen Finanzausgleich neu zu gestalten. Was dabei herausgekommen ist, ist für die Stadt Schwalbach weder trag- noch hinnehmbar.

Der Finanzminister behauptet, die Kommunen seien durch den neuen KFA finanziell bedarfsgerecht ausgestattet und würden in Zukunft finanziell besser gestellt. Davon kann jedoch überhaupt keine Rede sein. Denn das Land rechnet zu Ungunsten der Kommunen die Erträge künstlich nach oben und unsere Aufwendungen werden künstlich nach unten gerechnet.

Im Moment täuscht nur darüber hinweg, dass die Steuererträge von Bund, Land und Kommunen ein Rekordniveau erreicht haben und somit für den Finanzausgleich 2016 voraussichtlich deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen als in den Vorjahren. Sollte die Wirtschaft lahmen und das Steueraufkommen einbrechen – und früher oder später wird dies der Fall sein – dann wird das böse Erwachen für viele Kommunen erst noch kommen. Denn wenn es weniger Zahler gibt, erhalten die Nehmer auch nichts mehr – und vom Land, das ist dem KFA zu entnehmen, werden sie auf jeden Fall nichts erhalten. Wir – die Geberkommunen im sog. Neu-Isenburger-Kreis, von dem Finanzminister auch einmal nicht gerade sehr freundlich als 33er-Bande genannt, haben schon frühzeitig immer wieder darauf hingewiesen und immer wieder klar gemacht:

Profiteur des neuen KFA ist einzig und allein das Land.

Wir in Schwalbach werden zukünftig gezwungen sein, erhebliche Mittel in Form der sogenannten Abundanzumlage an andere hessische Kommunen abzugeben. Keineswegs ist es so, dass wir nicht solidarisch mit anderen Kommunen sind oder sein wollen. Schon heute geben wir weit mehr als die Hälfte unseres Steueraufkommens ab. Zukünftig verbleibt uns aber nur noch rund ein Drittel der Steuereinnahmen. Im Haushalt 2016 – so viel möchte ich hier schon mal vorwegnehmen – belastet uns dies zusätzlich mit über 4 Millionen €. Ein Volumen, das auf Dauer durch Sparmaßnahmen alleine nicht zu kompensieren ist. Die meisten Kommunen in unserer Nachbarschaft, denen es ähnlich ergeht wie uns, planen daher im kommenden Jahr ihre Steuerhebesätze spürbar zu erhöhen, Grundsteuerhebesätze von 500 – 600 % sind mittlerweile keine Seltenheit mehr. In dem heute eingebrachten Haushaltsentwurf, auch so viel sei vorweggenommen, hat der Magistrat von Steuererhöhungen abgesehen. Ob wir uns dies leisten können, werden wir sicherlich in den Haushaltsberatungen ausgiebig diskutieren. Auf Dauer werden wir aber wohl kaum um Steuererhöhungen, die uns der KFA aufzwingt, herumkommen.

Gerecht ist der KFA keineswegs. Denn die Berechnung der Abundanzumlage ist augenscheinlich unfair und benachteiligt die finanziell besser gestellten Kommunen deutlich. Dass wirtschaftlicher Erfolg auch mit zusätzlichen Kosten verbunden ist, wird ebenfalls nicht berücksichtigt. Zudem stellt sich mir die Frage, womit denn die Abundanzumlage gerechtfertigt ist. In der Lesart des Landes werden die Kommunen in Zukunft vom Land finanziell bedarfsgerecht ausgestattet. Sie erhalten angeblich genügend Mittel um ihre Pflichtaufgaben und einen angemessenen Teil ihrer freiwilligen Aufgaben leisten zu können. Wenn dem aber so ist, weshalb ist dann noch ein Ausgleich zwischen den Kommunen notwendig? Weshalb dieser eklatante Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung?

Zum 25. mal jährte sich am Wochenende die deutsche Einheit. Scheinbar hat unsere jetzige Landesregierung in diesen 25 Jahren die Lehren aus dem Niedergang der DDR vergessen. Umverteilung, Bevormundung und das Abschaffen von Anreizen haben letztlich zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR geführt und die Wiedervereinigung ermöglicht – ein großer Glücksfall für unser Land.

Der KFA erinnert doch sehr an die Mottenkiste des Sozialismus. Es scheint, als wolle das Land die Oberhand über die Kommunen erlangen; als wüsste es sich keine starken, sondern möglichst schwache Kommunen als Partner, die sich nach den Vorstellungen der Landesregierung bevormunden lassen.

So lässt es sich natürlich leichter regieren.

Zahlreiche Regierungen scheiterten an dem Versuch, eine gleiche Einkommensverteilung zu erreichen, ohne Anreize zu geben, dieses Einkommen überhaupt zu erwirtschaften. Und daran, dass Gleichheit nicht gleich Gerechtigkeit ist.

Wenn hieran nur die Landesregierung scheitern würde, so wäre dies mit Sicherheit zu verkräften. Die mit dem KFA verbundene Schwächung des Wirtschaftsstandortes Hessen, die steuerliche Mehrbelastung unserer Bürger und das finanzielle Ausbluten der Kommunen ist allerdings etwas, das nicht verkräftbar ist.

Aber zum Glück haben wir hier in der Bundesrepublik – im Gegensatz zur ehemaligen DDR - die Freiheit, Konflikte auszutragen, auch solche mit der Landesregierung. Jeder kann dazulernen, das gilt auch für Finanzminister.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem weiteren, ebenfalls sehr ernstem Thema kommen. Der Zustrom an Flüchtlingen aus den Krisengebieten in Afrika und Asien ebbt nicht ab und wird im Gegenteil mit Sicherheit noch weiter zunehmen. Die Hauptlast dieser Entwicklung trägt die kommunale Familie. Die Integration dieser, zum Teil traumatisierten, heimatlosen Menschen in unsere Gesellschaft, die Schaffung von Wohnraum sowie die Unterbringung in Kindergärten und Schulen sind Herausforderungen, vor denen in erster Linie wir, die Kommunen, stehen.

Dem müssen wir, wollen wir und werden wir uns stellen!

Dass man auch hier wieder das Gefühl hat, dass sich die Verantwortlichen in Wiesbaden vor dem Problem wegducken, ist nicht gerade hilfreich.

Zudem reichen die von Bund und Land bereitgestellten finanziellen Mittel bei weitem nicht aus, um alleine nur die finanziellen Herausforderungen der Aufnahme, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge und Asylbewerber zu meistern. Lassen Sie sich auch von der Ankündigung des Finanzministers nicht blenden, die Kommunen würden finanzielle Unterstützung erhalten. Dies sind lediglich die Mittel, die er aus dem Kommunalen Finanzausgleich entnommen hat.

Wir möchten mit dem Haushaltsentwurf 2016 ein Zeichen setzen und haben die Mittel für Integration aufgestockt. Darüber hinaus planen wir, eine zusätzliche halbe Stelle für die Flüchtlingsarbeit zu schaffen, haben allerdings auch schon in der HH-Klausur Mitte September sehr kritisch diskutiert, ob eine halbe Stelle überhaupt ausreichend sein wird. Darüber würde ich gerne im Rahmen der HH-Beratung mit Ihnen sprechen. Die Vielzahl von Aufgaben die auf die Stadt Schwalbach durch die Unterbringung von Flüchtlingen zugekommen ist, ist mit dem bestehenden Personal – zusätzlich zum Tagesgeschäft – nicht mehr zu bewältigen. Wir setzen damit auch ein klares Signal, dass wir uns der Aufgabe stellen.

Nichtsdestotrotz sind wir auf die Unterstützung der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer angewiesen, denen ich an dieser Stelle für ihren unermüdlichen Einsatz meinen ganz besonderen Dank ausspreche.

Die Welle der Bereitschaft der Schwalbacher Bürger, den zu uns kommenden Menschen in ihrer Not zu helfen, erfüllt mich als Bürgermeisterin dieser Stadt mit Stolz und Freude.

Es zeigt mir und uns allen, dass Schwalbach eine herzliche und weltoffene Stadt ist.

Aber es wird auch deutlich: wir stehen vor einer Herausforderung, wie wir sie bislang nicht gekannt habe. Und sie erfordert gemeinsames Handeln und gemeinsame Anstrengungen. Für parteipolitische Auseinandersetzungen ist hier kein Platz, es geht um Menschen und zwar sowohl um die Flüchtlinge, die zu uns kommen als auch um die Schwalbacher, die hier sind – sie alle erwarten von uns gemeinsame Anstrengungen. Ich bin der festen Überzeugung, dass irrt, wer meint, hieraus politisches Kapital schlagen zu können. Und an dieser Stelle möchte ich unseren Bundespräsidenten aus seiner – wie ich finde, bemerkenswerten - Rede am letzten Samstag zitieren: „Wir befinden uns in einem großen Verständigungsprozess über das Ziel und das Ausmaß der neuen Integrationsaufgabe. So etwas ist in Demokratien auch verbunden mit Kontroversen – das ist normal. Aber....: Lassen Sie aus Kontroversen keine Feindschaft entstehen. Jeder soll merken, wir debattieren, weil es uns um Zusammenhalt geht, um ein Miteinander, auch in der Zukunft.“

Nun möchte ich meine Haushaltsrede nicht beenden, ohne Ihnen noch einige konkrete Zahlen aus dem Haushalt 2016 darzulegen.

Im Haushaltsentwurf rechnen wir mit Erträgen von 51,5 Millionen €. Das sind rund 3,8 Millionen € mehr als im Haushaltsansatz 2015.

Die wichtigste Einnahmequelle sind mit 44 Millionen € die Steuereinnahmen. Davon entfallen allein 30 Millionen € auf die Gewerbesteuer.

Grundlage für die Ansätze der Steuern sind Gewerbesteuervorauszahlungen sowie die Prognosen der Steuerschätzer.

Diesen Erträgen stehen geplante Aufwendungen in Höhe von 55,9 Millionen € gegenüber. Dies sind annähernd 4,3 Millionen € mehr als im Haushalt 2015.

Ursache für den Anstieg der Aufwendungen ist in erster Linie der neue Kommunale Finanzausgleich. Die Umlageverpflichtungen schießen um rund 5,3 Millionen € in die Höhe. Auf die neu eingeführte Abundanz- bzw. Solidaritätsumlage entfallen allein 4,25 Millionen €, die den Haushalt zusätzlich belasten.

Dagegen sind die Kostensteigerungen beim Personal schon nahezu marginal. Um insgesamt rund 400 Tausend € erhöhen sich die Personalaufwendungen. Ursache hierfür sind Tarifsteigerungen und wie bereits zusätzliches Personal zum einen für die Flüchtlingsbetreuung, zum anderen aber auch ein weiterer Haustechniker für das Bürgerhaus.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen nehmen spürbar ab um rund 1,9 Millionen € gegenüber dem Vorjahresansatz, insbesondere im Bereich der Gemeindestraßen und im Rathaus. Hier waren im Haushalt 2015 unter anderem besonders hohe Ansätze für die Sanierung des unteren Marktplatzes und den Umbau des Aufzuges im Rathaus eingestellt, die nun entfallen. Bei den übrigen Ansätzen wurde versucht, Erhöhungen auf das Nötigste zu reduzieren.

Die Einsparungen reichen allerdings nicht aus, um die Mehrbelastungen durch den Kommunalen Finanzausgleich auszugleichen.

Alles in allem ergibt sich im Haushaltsentwurf 2016 ein Defizit in Höhe von 4,36 Millionen € im Ergebnishaushalt.

Ohne die zusätzliche Belastung durch die von der Landesregierung verabschiedeten Neuregelungen des kommunalen Finanzausgleichs hätten wir Ihnen somit heute einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorlegen können!

Alle unsere Sparanstrengungen waren damit vergeblich.

Ich komme nun zum Finanzhaushalt und möchte Ihnen einige der für das Jahr 2016 geplanten Investitionen der Stadt Schwalbach vorstellen.

Insgesamt haben wir im kommenden Jahr Investitionen in Höhe von rund 2,2 Mio. € vorgesehen. Damit sinken die Investitionen spürbar gegenüber dem Vorjahr um etwa 7,3 Millionen €. Die deutlich langsamere Gangart bei den Investitionen zeigt zum

einen, dass wir den erheblichen Investitionsstau der vergangenen Jahre allmählich abgearbeitet haben. Zum anderen ist es aber auch den unsichereren finanziellen Perspektiven geschuldet, die den Magistrat veranlasst haben, bei den Investitionen die Zügel merklich anzuziehen.

Einige der dennoch geplanten Projekte möchte ich Ihnen kurz vorstellen.

Die größten Projekte sind im Straßenbau geplant. Für 715 Tausend € soll die Friedrich-Ebert-Straße grundhaft saniert werden. Weitere 394 Tausend € wird die Sanierung des Parkplatzes an den Fußballplätzen kosten und 320 Tausend € entfallen auf die Erneuerung der Altkönigstraße. Gut 1,4 Millionen € sind somit für den Straßenbau geplant.

Darüber hinaus soll ein neuer Bolzplatz für 135 Tausend € in der Altstadt entstehen. Ein geeigneter Standort soll - einer langen Tradition folgend - unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gefunden werden.

120 Tausend € möchten wir in neue Sirenen investieren. Schon vor einigen Jahren hatte sich der Bund weitgehend aus dem Katastrophenschutz zurückgezogen, was zur Folge hatte, dass unsere Sirenen abgebaut wurden. Inzwischen hat sich gezeigt, dass die Alarmierung der Bevölkerung in Notlagen unzureichend ist. Daher möchten wir in Schwalbach wieder Sirenen installieren, um eine flächendeckende Bevölkerungswarnung zu ermöglichen.

In den vergangenen Jahren hat der Bedarf an Urnengräbern stark zugenommen. Aus diesem Grund soll die Urnenwürfelwand auf dem Friedhof erweitert werden. Die Kosten hierfür sind mit 111 Tausend € beziffert.

Auf die genannten Projekte entfallen rund 1,8 Millionen € des geplanten Investitionsvolumens. Die restlichen Mittel verteilen sich auf zahlreiche kleinere Maßnahmen.

Hiermit möchte ich es bei dem Überblick über die Investitionen belassen. Die weiteren Details können Sie dem Haushaltsentwurf entnehmen.



Zur Finanzierung der erheblichen Investitionen und des Defizits im Ergebnishaushalt sind keine Kreditermächtigungen vorgesehen. Die Investitionen können aus den in den vergangenen Jahren gebildeten Rücklagen finanziert werden. Der Schuldenstand der Stadt Schwalbach bleibt damit auf einem historisch niedrigen Niveau und könnte im kommenden Jahr weiter abnehmen.

Da wir aber ein finanziell unsicheres Fahrwasser ansteuern, kann sich diese Entwicklung auch ganz schnell wieder umkehren. Auch wenn ich dies nicht hoffe, so sollten wir dennoch hierauf vorbereitet sein. Die in den vergangenen Jahren geschaffenen Reserven werden wir dann jedenfalls gut gebrauchen können. Daher meine dringende Bitte an die Parlamentarier, keinen Versuchungen zu erliegen, sondern bei der Haushaltsplanung Maß zu halten und unser Pulver für die Zukunft trocken zu halten.

Bevor ich nun meine Rede beende, möchte ich dem Magistrat für die konstruktive Beratung des Haushalts danken. Die Haushaltsklausur fand wie immer in einer angenehmen Atmosphäre statt, in der auch kontroverse Diskussionen stets fair und sachlich geführt wurden. Einen großen Teil zu diesem Gelingen haben allerdings auch in diesem Jahr wieder die Amtsleiterinnen und Amtsleiter beigetragen, allen voran der Hüter unseres Sparstrumpfes, Herr Benner. Dafür Ihnen auch an dieser Stelle und auch im Namen meiner Magistratskollegen herzlichen Dank.

Jetzt wünsche ich Ihnen, sehr verehrte Stadtverordnete, eine erfolgreiche und konstruktive Beratung des Haushaltes 2016.